

„Wir brauchen einen sozialen Arbeitsmarkt“

Ina Leukefeld und Michaela Sojka mahnen Bundesmittel für die Arbeitsförderung an

„Wir brauchen einen sozialen Arbeitsmarkt“, da ist sich die Abgeordnete Ina Leukefeld angesichts der nach wie vor hohen Anzahl von Menschen, die seit Jahren arbeitslos sind, sicher. Im rot-rot-grünen Thüringen wurden die Weichen entsprechend gestellt, haben Tausende geförderte Arbeit und Wertschätzung gefunden. Allerdings lässt die Unterstützung des Bundes zu wünschen übrig und auch die Jamaika-Signale aus Berlin geben wenig Anlass zur Hoffnung. Im Gegenteil. Die Situation wird noch verschärft durch die vorläufige Haushaltsführung des Bundes.

So ist auch Michaela Sojka alarmiert und haben beide Frauen, die LINKE-Arbeitsmarktpolitikerin und die Landrätin des Altenburger Landes, am 16. November gemeinsam zu einem Pressegespräch in die Linksfraktion nach Erfurt eingeladen.

Die LINKE Kommunalpolitikerin ist in Altenburg auch Vorsitzende der Trägerversammlung des Jobcenters und engagiert sich ebenso wie ihre Amtskollegin im Ilm-Kreis für sinnvolle geförderte Arbeitsangebote für Menschen, die nicht selten schon alle Hoffnung aufgegeben hatten. Wie die Dinge auf Bundesebene liegen, werden sie nun aber im nächsten Jahr 1,7 Millionen Euro weniger für die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung haben.

Wie dieses System aufgebaut ist und Menschen damit weiter abgehängt werden, das erzürnt Michale Sojka sehr: „Der Bund hat genügend Geld im Säckel und es ist seine Pflicht, die Jobcenter nicht ‚verhungern‘ zu lassen.“

„Wir wollen Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit und brauchen dafür die Bündelung der verfügbaren Mittel. Unsere Forderung, den Passiv-Aktiv-Transfer durch den Bund zu ermöglichen und so bessere Voraussetzungen

für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zu schaffen, bleibt bestehen“, betonte Ina Leukefeld.

Unter den Bedingungen der vorläufigen Haushaltsführung gewährt der Bund lediglich Pflichtleistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II und Kosten der Unterkunft, Verwaltungsaus-

neue Maßnahmen im Jahr 2018, wie das Beispiel Altenburger Land zeigt.

Die Mittelbereitstellung erfolgt ansatzweise nach der aktuellen Arbeitsmarktstatistik. Es wird unterschieden zwischen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Menschen, die in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, in Weiter-

bildung oder im Sonderstatus sind, werden nicht als arbeitslos gezählt. Es werden also die Jobcenter finanziell „bestraft“, die eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben und bei denen der Anteil Arbeitsloser daher niedriger ist. Im Oktober waren in Thüringen insgesamt 62.988 Menschen arbeitslos

gemeldet, jedoch betraf die Unterbeschäftigung 90.001 Personen.

Von den Eingliederungsmitteln werden seit Jahren in nicht unbedeutendem Maße Gelder zur Finanzierung der Verwaltungskosten verwendet und somit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik entzogen. Der Umschichtungsbetrag in Thüringen betrug im Jahr 2016 konkret 19,6 Millionen Euro. Für das Jahr 2017 ist ein Umschichtungsbetrag von 25,4 Millionen Euro in den Verwaltungskostenhaushalt geplant.

„Ausgehend von den guten Erfahrungen in Thüringen hinsichtlich der Gestaltung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik fordern wir bessere Rahmenbedingungen des Bundes zur Umsetzung. Die Länder, die Landkreise und damit die Jobcenter dürfen in diesem Prozess nicht allein gelassen werden“, so die beiden LINKE-Politikerinnen. ■



gaben zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Leistungsträger). Grundlage dafür ist die Eingliederungsmittel-Verordnung für 2018, deren Veröffentlichung voraussichtlich im Dezember erfolgt und die im Januar 2018 in Kraft tritt.

Die Finanzierung der Rechtsverpflichtungen und der neuen Maßnahmen darf in der Summe den Gesamtrahmen der maßgeblichen Obergrenze (also den Haushaltsansatz im ersten Regierungsentwurf) nicht überschreiten. Das heißt im Grunde, man kann von rund 80 Prozent des Haushaltsansatzes ausgehen.

Was ergibt sich daraus für Thüringen? Zuerst Unsicherheit. Die Jobcenter, die eine aktive Arbeitsmarktpolitik praktizieren und ihre finanziellen Mittel und Verpflichtungsermächtigungen nutzen, haben keinen Spielraum für

VON A BIS Z:

Feuerwehren

Nach einer Anhörung im Innenausschuss zur Situation der Freiwilligen Feuerwehren in Thüringen und Vorort-Besuchen durch Abgeordnete in der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule stärkt Rot-Rot-Grün nun mit einem Paket das Ehrenamt, die Nachwuchsgewinnung und die Ausbildung bei der Feuerwehr. Die Koalitionäre kritisieren, dass die CDU die Initiative für die Feuerwehren nicht unterstützt.

Steffen Dittes, Innenpolitiker der Linksfraktion: „Für die Stelle eines Ehrenamtskoordinators wird die Förderung des Landesfeuerwehrverbandes erhöht. Insgesamt stehen im Haushalt 2018 und 2019 für die Verbandsarbeit und für die Kampagne zur Mitgliederwerbung 765.000 Euro zur Verfügung. Schließlich bleibt die Nachwuchsgewinnung im ländlichen Raum eine der größten Herausforderungen.“

Verwundert zeigen sich die Koalitionäre über das Verhalten der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag. „Wir haben in mehreren Beratungen versucht, gemeinsam mit den CDU-Innenpolitikern Verbesserungen für die Feuerwehren zu erzielen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es der CDU nicht um gute Lösungen für die Thüringer Feuerwehren, sondern um oppositionelle Symbolpolitik geht. Dies ist besonders bedauerlich, da vor allem bei der Landesfeuerwehrschule eine überparteiliche Einigkeit besteht, dass hier ein schnelles Handeln der Politik erforderlich ist, um die Lehrgänge abzusichern.“ ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Landtagssitzungen in diesem Jahr finden statt in der Zeit von Dienstag, den 12. Dezember, bis Freitag, den 15. Dezember.

Die ersten Plenarsitzungen im Jahr 2018 sind zu folgenden Terminen anberaumt: 24. bis 26. Januar, 21. bis 23. Februar und 20. bis 22. März.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de ■

Unterhaltsvorschuss

Die rot-rot-grüne Regierungskoalition hat sich für den Doppelaushalt 2018/2019 auf zahlreiche Änderungsanträge mit Auswirkungen auf die Kommunen verständigt. Ein Schwerpunkt sind die Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende mit Kindern zwischen 12 und 18 Jahren. Da deutlich mehr Anträge vorliegen als prognostiziert, sollen die Zuweisungen um 19 Millionen Euro erhöht werden. Das Thema dürfe nicht im Streit um die Kommunalfinanzierung zerredet werden. Deshalb hat sich Rot-Rot-Grün für eine pauschale Übernahme der durch die Landkreise und kreisfreien Städte für das Jahr 2017 geltend gemachten 7 Millionen Euro durch das Land entschieden. ■

Verbrauchersicherheit

Zum jetzt veröffentlichten Lebensmittelbericht 2016 sagte MdL Diana Skibbe: „Die Verbrauchersicherheit bewegt sich in Thüringen auf hohem Niveau. Das liegt auch an den Standards der Lebensmittelsicherheit und der Wirksamkeit einer konsequenten Überwachung.“ 2016 wurden 18.106 Betriebe kontrolliert, in 2906 Gastronomiebetrieben wurden Schwerpunktkontrollen zur Allergenkennzeichnung durchgeführt. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Lebensmitteluntersuchung. Im Landesamt für Verbraucherschutz wurden 7.021 Lebensmittelproben, davon 155 aus der Warengruppe Wein, 275 Proben von kosmetischen Mitteln und 466 Proben von Bedarfsgegenständen untersucht. ■

Bevölkerungsstatistik

Nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik wurden 2016 18.474 Geburten, 28.312 Sterbefälle und 10.115 Eheschließungen registriert. Somit gab es mehr Geburten, weniger Sterbefälle und mehr Eheschließungen als im Jahr 2015. Bei den Geburten und Eheschließungen stellten diese Ergebnisse zudem neue Höchststände seit 1991 dar. In Zahlen ausgedrückt gab es in Thüringen ein Plus von 540 Geburten und einen Rückgang um 518 Sterbefälle im Vergleich zum Jahr 2015. Dies führte 2016 zu einem deutlichen Rückgang des Sterbefallüberschusses. Dieser lag dennoch niedriger als noch 2015. Bei den Eheschließungen gab es im Vergleich zu 2015 ein Plus von 381 Hochzeiten. ■